



BDI

Globale Ungleichgewichte – Exportmodell Deutschland Eckpunkte für eine BDI-Argumentationslinie

Wirtschafts- und
Industriepolitik

Außenwirtschafts-, Handels-
und Entwicklungspolitik

Zusammenfassung

Zur intensiven **Einbindung der deutschen Volkswirtschaft in die internationale Arbeitsteilung** gibt es ebenso wenig eine Alternative wie zur **Spezialisierung der deutschen Wirtschaft auf weltmarktorientierte Industrien und industriennahe Dienstleistungen**. Es gibt kein deutsches „Exportmodell“; um international wettbewerbsfähig zu bleiben, werden die deutschen Unternehmen allerdings auch künftig auf Globalisierung und Welthandel setzen. Dies muss und darf für die deutsche Wirtschaftspolitik aber nicht bedeuten, den Binnenmarkt zu vernachlässigen.

Datum
4. Dezember 2009

Seite
1 von 5

Der richtige wirtschaftspolitische Weg zu einer Stärkung der Binnennachfrage besteht in einer konsequenten **angebots- und wertschöpfungsorientierten Standortpolitik**. Ziel muss es sein, so viel Wertschöpfung wie möglich am heimischen Standort rentabel zu machen. Im Fokus einer solchen Politik muss die **Verbesserung der Investitionsbedingungen**, auch für ausländische Direktinvestitionen in Deutschland (AWiG) stehen. Mehr Investitionen in Deutschland führen zu neuen Arbeitsplätze und zusätzlichem Einkommen und erhöhen nachhaltig die Konsummöglichkeiten. In diese Richtung wirkt auch die Beseitigung von Leistungsfehlansätzen im Steuer- und Abgabensystem mit dem Ziel „mehr netto vom brutto“. Eine Deregulierung der Dienstleistungsmärkte und der Netze würde zusätzliche Impulse für Wachstum, Beschäftigung und Nachfrage setzen.

Andere Maßnahmen sind weniger geeignet, den Binnenmarkt nachhaltig zu stimulieren:

- von der Produktivitätsentwicklung entkoppelte **Lohnerhöhungen** würden nur die Lohnstückkosten am Standort Deutschland in die Höhe treiben, Investitionen unattraktiv machen, Arbeitsplätze vernichten und so letztlich die Binnennachfrage schwächen.
- eine **staatliche Nachfragepolitik**, die den privaten Konsum etwa durch Ausgabe von Konsumgutscheinen künstlich anzutreiben versucht, würde nur ein Strohfeuer entfachen und wäre auf Dauer nicht Erfolg versprechend.
- die **Reduzierung der hohen Sparquote** und die Umwandlung der Ersparnisse in Nachfrage ist kein Ziel führender Vorschlag. Eine hohe inländische Ersparnis erleichtert die Finanzierung von Investitionen. Auch vor dem Hintergrund der ungünstigen demografischen Entwicklung ist eine hohe Ersparnisbildung angebracht.
- auch die **Währungspolitik** bietet keine Ansatzpunkte zur Stärkung der deutschen Binnennachfrage. Seit der Europäischen Währungsunion gibt es keine deutsche Geld- und Währungspolitik mehr, sondern nur noch eine europäische, die zudem für Überschuss- und Defizitländer gleichermaßen gilt.

**Bundesverband der
Deutschen Industrie e.V.**
Mitgliedsverband
BUSINESSEUROPE

Wirtschafts- und
Industriepolitik

Telekontakte
T: 030 2028-1592
F: 030 2028-2592

E-Mail
J.Schudrowitz@bdi.eu

Außenwirtschafts-, Handels-
und Entwicklungspolitik

Telekontakte
T: 030 2028-1525
F: 030 2028-2525

E-Mail
C.Sprich@bdi.eu

Internet
www.bdi.eu

Mit dem G-20-Gipfel von Pittsburgh hat die Diskussion um globale Ungleichgewichte eine neue Dimension erfahren. Die beteiligten Staaten haben, aufbauend auf der gemeinsamen Erkenntnis, dass diese Ungleichgewichte zur globalen Ausbreitung der Finanzkrise beigetragen haben, beschlossen, ihre **Wirtschaftspolitiken besser zu koordinieren** und so dazu beizutragen, die genannten **Ungleichgewichte zu vermindern** und ein **nachhaltigeres Wachstum der Weltwirtschaft** zu ermöglichen. Dem IWF wird dabei eine Art Monitoring-Rolle zugewiesen.

Auch von anderer Seite wird dem Thema erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt. So rügte kürzlich EU-Währungskommissar Almunia die hohen deutschen Exportüberschüsse und bezweifelte die **Tragfähigkeit des so genannten „Exportmodells Deutschland“**. Auch die OECD wird sich in ihrem für März 2010 vorgesehenen Deutschland-Report kritisch mit dieser Thematik befassen. In Deutschland hat die Diskussion eine gewisse Tradition durch Einlassungen von Gewerkschaftsseite oder von einzelnen Ökonomen, die die deutsche Fixierung auf den Exportsektor kritisieren und die Notwendigkeit einer Stärkung der Binnennachfrage betonen.

Worum geht es?

Das Hauptaugenmerk bei globalen Ungleichgewichten wird in der Regel auf die jeweiligen **Leistungsbilanzsalden** gelegt. Der Saldo der Leistungsbilanz entspricht der Summe aus den Salden ihrer Teilbilanzen, die den Außenhandel mit Waren und Dienstleistungen, grenzüberschreitende Erwerbs- und Vermögenseinkommen sowie laufende Übertragungen zwischen In- und Ausland erfassen. In den meisten Ländern ist die Handelsbilanz die mit Abstand bedeutendste Teilbilanz der Leistungsbilanz, weshalb sich das Thema der Ungleichgewichte vornehmlich auf Güterexporte bzw. -importe bezieht.

Bereits seit Ende der 90er Jahre wuchsen die globalen Leistungsbilanzungleichgewichte kontinuierlich an. Im Zuge der Krise verringerten sie sich allerdings merklich. Bei den Defizitländern nahmen die Vereinigten Staaten mit einem Fehlbetrag von rund 840 Mrd. US-Dollar im Jahr 2008 eine dominante Stellung ein. Besonders große Überschüsse waren zuletzt in einer Reihe asiatischer Staaten, allen voran Japan und China, in den Ölförderländern sowie in Deutschland zu beobachten.

Die G20-Staaten wollen nun in diesem Zusammenhang die großen Ungleichgewichte im Welthandel abbauen. Diese sollen reduziert werden, um nachhaltiges und langfristiges Wachstum zu schaffen. Infolgedessen findet sich Deutschland neuerdings vermehrt auf der Anklagebank wieder. Namhafte Ökonomen der OECD, der USA und Europas stimmten in den vergangenen Wochen in diesen Kanon mit ein und kritisierten Deutschland für sein exportgetriebenes „Wachstumsmodell“. Deutschland wird vorgeworfen, mit seiner einseitigen Ausrichtung auf den Export erheblich zu den globalen Ungleichgewichten beigetragen zu haben. Es wird gefordert, dass Deutschland zum Abbau der globalen Ungleichgewichte und zur Stimulierung der Weltwirtschaft seine Exportorientierung zugunsten einer Stärkung

der Binnenwirtschaft verringert. Aber auch in Folge der Krise, durch die Deutschlands Wirtschaft stärker geschrumpft ist als andere Volkswirtschaften, deren Bruttoinlandsprodukt in stärkerem Maße von inlandsbezogenen Branchen erwirtschaftet wird, kommt Kritik am deutschen Wachstumsmodell auf.

Da nahezu 90 Prozent der deutschen Exporte auf die Industrie entfallen und sie mit ca. 24 Prozent den größten Anteil an der Wertschöpfung in Deutschland hat, steht somit auch das gesamte „Geschäftsmodell“ Deutschlands zur Disposition. Für die Industrie ist das Thema neben der grundsätzlichen Kritik am „Wachstumsmodell“ Deutschlands brisant, da die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie als einer der Hauptgründe für die Exportüberschüsse hinterfragt wird und teilweise der Vorwurf des Lohndumpings laut wird.

Elemente und Argumente einer BDI-Position

- Die Vorstellung einer **absolut ausgewogenen Weltwirtschaft** ist unrealistisch und taugt nicht als Leitbild. Es wird immer Defizit- und Überschussländer geben. Ob diese Ungleichgewichte als zu groß empfunden werden oder nicht, ist mehr eine politische als eine ökonomische Frage.
- In einem **Regime flexibler Wechselkurse** müssten sich Handelungleichgewichte eigentlich durch gegenläufige Wechselkursentwicklungen ausgleichen. Da Wechselkurse heute jedoch in weit stärkerem Maße vom Geschehen an den globalen Finanzmärkten als von den Strömen an den Gütermärkten bestimmt werden, wirkt diese ausgleichende Funktion der Wechselkurse nicht mehr, jedenfalls nicht vollständig.
- Das Streben nach möglichst hohen Außenhandelsüberschüssen ist in Deutschland kein wirtschaftspolitisches Ziel. Im Gegenteil: Im nach wie vor gültigen Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967 ist ausdrücklich von **außenwirtschaftlichem Gleichgewicht** als eines von vier Zielen der Wirtschaftspolitik die Rede.
- Insofern gibt es im eigentlichen Sinne auch kein „Exportmodell Deutschland“. Die deutschen Außenhandelsüberschüsse sind nicht politisch herbeigelenkt, sondern Ausdruck eines bestimmten **Spezialisierungsmusters der deutschen Wirtschaft** und entsprechender Weltmarkterfolge der deutschen Unternehmen.
- Es ist absurd, der deutschen Wirtschaft vorzuwerfen, dass sie **hochgradig wettbewerbsfähig** ist, sich global aufgestellt hat, ihre Kostenstrukturen bereinigt hat und mit innovativen Produkten erfolgreich an den Weltmärkten agiert. Die rund um den Globus verteilten Kunden deutscher Unternehmen urteilen hier offenbar anders.
- Die deutschen Exporterfolge haben auch nichts mit Lohndumping zu tun. Deutschland ist nach wie vor ein **Hochlohnstandort**. Zwar hat in Deutschland im Gegensatz zu vielen anderen Ländern eine Lohnmoderation stattgefunden, diese zielte jedoch darauf ab, Lohnerhöhungen im

Gleichschritt mit der Produktivitätsentwicklung durchzuführen. Dies ist kein Lohndumping, sondern Ausdruck einer vernünftigen Lohnpolitik.

Seite
4 von 5

- Die deutschen Exportüberschüsse müssen zudem vor dem Hintergrund des **Europäischen Binnenmarktes** relativiert werden. Dies gilt insbesondere beim Vergleich mit großen, binnenmarktorientierten Volkswirtschaften wie den USA. Etwa zwei Drittel der deutschen Exporte gehen in die EU. Würde man dies herausrechnen, würden sich die deutschen Exporte und Exportüberschüsse in ganz anderen Größenordnungen darstellen.
- Nur die Exportseite des deutschen Wirtschaftsmodells ins Visier zu nehmen, ist einseitig. Wenn es ein deutsches Exportmodell gäbe, dann gäbe es auch ein **deutsches Importmodell**. Nicht nur die deutschen Exporte, sondern auch die deutschen Importe sind in den vergangenen Jahren rasant gestiegen. Im Zeitraum 1991 bis 2008 nahm die Importquote in unserer Volkswirtschaft von 21 auf 41 Prozent zu. Dies hat ganz wesentlich mit der Globalisierung von Wertschöpfungsketten und der Intensivierung des Vorleistungsverbundes zu tun. Fast 45 Prozent der deutschen Exporte gehen mittlerweile auf importierte Güter und Vorprodukte zurück, 1995 lag dieser Wert noch bei 31 Prozent. Andere Länder profitieren also über verstärkte Importe nach Deutschland ganz wesentlich von der deutschen Exportstärke.

Wirtschaftspolitische Implikationen

- Zur intensiven Einbindung der deutschen Volkswirtschaft in die internationale Arbeitsteilung gibt es ebenso wenig eine Alternative wie zur Spezialisierung der deutschen Wirtschaft auf weltmarktorientierte Industrien und industriennahe Dienstleistungen. Nur so kann unser Land an den **Megatrends des globalen Strukturwandels** teilhaben und die darin liegenden Chancen nutzen. Die sich hieraus ergebenden komparativen Wettbewerbsvorteile zu sichern und auszubauen, muss auch im Fokus der Wirtschaftspolitik stehen.
- Weiter auf Globalisierung und Welthandel zu setzen, muss und darf nicht bedeuten, den Binnenmarkt zu vernachlässigen. Es gibt keinen Grund, warum eine Volkswirtschaft nicht erfolgreich im Exportgeschäft sein soll und gleichzeitig einen **dynamischen Binnenmarkt** haben kann.
- Wenig Sinn macht es allerdings, die Binnennachfrage „künstlich“ über überzogene, d.h. von der Produktivitätsentwicklung entkoppelte Lohn erhöhungen stimulieren zu wollen. Eine solche **Lohnpolitik** würde die Lohnstückkosten am Standort Deutschland in die Höhe treiben, Investitionen unattraktiv machen, Arbeitsplätze vernichten und so letztlich die Binnennachfrage schwächen.
- Auch eine **staatliche Nachfragepolitik**, die den privaten Konsum etwa durch Ausgabe von Konsumgutscheinen künstlich anzutreiben versucht, würde nur ein Strohfeuer entfachen und wäre auf Dauer nicht Er-

folg versprechend. Die aktuelle Krise mit ihrem globalen Nachfrageeinbruch auf breiter Front bildet diesbezüglich eine Ausnahme.

Seite
5 von 5

- Gelegentlich wird auch vorgeschlagen, die Deutschen mögen ihre hohe **Sparquote** reduzieren und Ersparnisse in Nachfrage umwandeln. Auch dies ist kein Ziel führender Vorschlag. Sparen ist ein Element nachhaltigen Wirtschaftens. Eine hohe inländische Ersparnis erleichtert die Finanzierung von Investitionen. Auch vor dem Hintergrund der ungünstigen demografischen Entwicklung ist eine hohe Ersparnisbildung angebracht.
- Auch die **Währungspolitik** bietet keine Ansatzpunkte zur Stärkung der deutschen Binnennachfrage. Seit der Europäischen Währungsunion gibt es keine deutsche Geld- und Währungspolitik mehr, sondern nur noch eine europäische, die zudem für Überschuss- und Defizitländer gleichermaßen gilt. Hinzu kommt, dass Währungsentwicklungen heute zum großen Teil vom Finanzmarkt getrieben sind.
- Der richtige wirtschaftspolitische Weg zu einer Stärkung der Binnennachfrage besteht in einer konsequenten **angebots- und wertschöpfungsorientierten Standortpolitik**. Dabei geht es darum, so viel Wertschöpfung wie möglich am heimischen Standort rentabel zu machen. Im Fokus einer solchen Politik stehen die **Investitionsbedingungen**, auch bezüglich ausländischer Direktinvestitionen in Deutschland (AWiG). Wenn mehr Investitionen sich lohnen, entstehen neue Arbeitsplätze und zusätzliches Einkommen. Damit erhöhen sich dann auch die Konsummöglichkeiten. Auch die Beseitigung von Leistungsfehlreizen im Steuer- und Abgabensystem mit dem Ziel „mehr netto vom brutto“ wirkt in diese Richtung.
- Eine Stärkung der Binnennachfrage kann auch durch eine **Deregulierung der Märkte** erfolgen, insbesondere bei den Dienstleistungen und bei den Netzen. Meisterzwang im Handwerk, Honorarordnungen für bestimmte Berufsstände und Sonderstatuten beispielsweise für Apotheken sind allesamt keine Beispiele für einen funktionsfähigen Markt. Sie verhindern Wettbewerb, kosten Wachstum und Beschäftigung und damit Nachfrage. Nach Einschätzung der OECD dürfte der Abbau von entsprechenden Markteintrittsbarrieren zu einem jährlichen BIP-Zuwachs von 0,5 %-Punkten führen.